

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 63 (1984)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Ärger mit Führungsleuten : raus oder rein - wie links ist das?  
**Autor:** Kappeler, Beat  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340097>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

chen, Allianzen, die in unserem politischen System wohl immer etwas brüchig bleiben. Wir können uns auf eine lange Oppositionszeit einrichten, werden aber dabei zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Volk seine Oppositionsrolle nie an eine politische Partei abgeben wird. Wir können aber, und dies scheint mir persönlich der beste Weg, über eine Initiative die Volkswahl des Bundesrates vorschlagen. Ich bin überzeugt, dass das Schweizervolk heute in seiner Mehrheit eine Volkswahl wünscht. Sicher ist eine Volkswahl mit Problemen verbunden. Aber die Vorteile überwiegen meines Erachtens eindeutig.

Welche Argumente werden gegen die Volkswahl angeführt? Zu starke Einflussnahme der grossen Kantone, zu wenig Rücksichtnahme auf Minderheiten, das Volk kennt die Kandidaten zu wenig, und die Propaganda resp. die Finanzmittel für die Wahlkampagne sind ausschlaggebend. Man fürchtet die Wahl von populären Volkstribunen.

Sind diese Argumente stichhaltig? Unser Staat ist ein Kleinstaat, der noch überschaubar ist. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen weit ausgeprägteren Sinn für den Schutz und die angemessene Vertretung von Minderheiten, als dies in den Parlamenten anzutreffen ist. Die Volkswahlen in den Kantonen zeigen dies oftmals sehr deutlich. Denken wir beispielsweise an die Ständeratswahlen im Kanton Freiburg. Das Kantonsparlament hat über 100 Jahre diese Wahl vorgenommen. Wie oft hat es auf die politische, sprachliche und religiöse Vielfalt des Kantons Rücksicht genommen? War es nicht das Volk, das hier korrigierend eingriff? Obwohl der Bundesrat vom Parlament gewählt wird, ergab

sich bis heute folgende Sitzverteilung auf die Kantone:

AR	1	TG	3
BL	1	AG	4
GL	1	LU	4
OW	1	SG	5
BS	2	TI	6
FR	2	SO	6
VS	2	NE	7
ZG	2	BE	10
GE	3	VD	14
GR	3	ZH	16

Nidwalden, Uri, Appenzell IR, Schwyz, Schaffhausen und der jüngste Kanton, Jura, haben noch nie einen Bundesrat gestellt.

Ich bin überzeugt, dass unser Volk auf eine angemessene Berücksichtigung von jeweiligen Minderheiten mindestens ebenso schauen würde, wie dies das Parlament bis heute getan hat. Das Wahlsystem müsste entsprechend ausgearbeitet werden.

Die lange Erfahrung mit der direkten Demokratie hat unser Volk auch sehr stark geschult, dass es sich nicht jeden Kandidaten über eine übermächtige Propaganda aufbinden lässt. Nicht wer Geld hat, sondern wer sich profiliert, würde bei einer Volkswahl durchkommen. Ein Wahlkampf, wie ihn beispielsweise die Amerikaner führen, ist bei uns kaum denkbar. Und wer Angst hat vor Volkstribunen, vergisst, dass unsere Leute immer gewusst haben,

wann sie «Götter» vom Sockel stürzen mussten. Hat dies unser Parlament immer gewusst?

Die Volkswahl des Bundesrates passt meines Erachtens ins Demokratieempfinden der Mehrheit unseres Volkes. Sie würde dem Ränkespiel, wie wir es am 7. Dezember vom eidg. Parlament vordemonstriert erhielten, ein Ende setzen. Sie würde aber auch uns Sozialdemokraten erlauben, die Kandidaten selber zu bestimmen. Auch vor einer Majorzwahl brauchen wir uns nicht zu fürchten. Wir haben sehr gute und profilierte Leute, die vom Volk gewählt würden. Dazu kommt, dass sich ein schweizerischer Bürgerblock FDP/CVP/SVP nicht bilden liesse. Wie könnte beispielsweise die CVP ihr Programm mit dem FDP-Programm landesweit unter einen Hut schieben, ohne dabei einen grossen Teil ihrer Wähler zu enttäuschen oder gar zu verlieren. Auch hier würde die Volkswahl von den politischen Parteien mehr Geradlinigkeit verlangen, was für unser Land nur von Gutem sein könnte.

*Ich schlage deshalb folgendes vor:*

- *Die SP-Schweiz lanciert ohne Verzug eine Initiative zur Wahl des Bundesrates durch das Volk.*
- *Bis zur Volksabstimmung verbleibt sie in der Zwischenzeit im Bundesrat.*

### *Ärger mit den Führungsleuten*

## Raus oder rein — wie links ist das?

*Von Beat Kappeler*

Vor 2478 Jahren zogen die römischen Plebeier — die ganze Unterschicht — unter Protest aus der Hauptstadt weg auf den nahen Aventin. Das erschrok-

kene, weil arbeitskräftelose Patriziat sandte substantielle Offerten, so dass das Volk triumphal zurückkehrte.

Wir lernen aus dieser schönen

Geschichte, dass Verweigerung erfolgreich ist, wenn sie auch ökonomisch, nicht nur verbal wirkt.

Heute beantragt ein Teil der SP-Führung den Austritt aus dem Bundesrat. Die angerufenen Gründe, neben dem Anlass des 7. Dezembers, sind einerseits die enttäuschten Aktivisten, die überalterte Mitgliedschaft, die Organisationsmüdigkeit, Wahlverluste, Mühe bei Referenden und Initiativen. Das ist eine herbe Kritik am Zustand der Partei, für welche verschiedene Leute nun schon manches Jahr die Verantwortung tragen.

Andererseits wird die Verhärtung der Bürgerlichen in schwierigen Wirtschaftszeiten angeführt. Das ist ein etwas schnelles Augenschliessen vor der Tatsache, dass die SPS fünf Jahre nach der Lancierung des Spruchs von mehr Freiheit und weniger Staat weder in der Sache noch in der Etikette ein ebenso zügiges Kampfterrain erarbeitet hat.

Nun soll Opposition abhelfen. Ich glaubte allerdings, schon in der Opposition zu sein, und habe mich entsprechend verhalten. Dagegen habe ich mich geärgert, als in letzter Zeit verschiedene Führungsleute in Partei und Fraktion klein beigaben. Etwa in der berüchtigten Parlamentskommission auf dem Beatenberg, als sie wenig gegen die WUST-Milliarde sagten, welche die Industrie bei der Taxe occulte einsparen will. Oder als die Wahl Friedrichs zum Bundesrat von einzelnen gar nicht derart abgewehrt wurde. Oder im Novosti-Skandal, als man viel zuwenig gegen die Gefährdung des Rechtsstaats (Anschwärzung der Friedensbewegung aufgrund «geheimer Beweise», die es dann gar nicht gab) protestierte. Oder als nur ein Jahr vor der Abstimmung über die Bankeninitiative es hiess, die Banken seien kein

Thema mehr. Schliesslich bei den Milliarden, die man dem Weltwährungsfonds kürzlich nachwarf für seine harte Politik. Ich fand das gar nicht links, und ich finde diese Leute nicht sehr links, nicht sehr oppositionell. Unglaublich gemacht haben die SP bisher vor allem Mandatäre und Streitigkeiten auf kantonaler oder kommunaler Ebene, nicht im Bundesstaat.

In künftigen heissen Themen schweizerischer Politik werden die Partei, die Fraktion, die Sektionen nicht viel einiger sein. Ich halte daher die Bundesratsbeteiligung für eine zweit- bis drittrangige Frage, für instrumental, nicht zentral. Wo hockt die Macht? Macht liegt — anders als in Königsmärchen — nicht in Einzelämtern, die man erobern oder verschmähen kann. Sie liegt in Strukturen, zuerst in der Wirtschaft (im Besitzverhältnis und im Akkumulationswillen), dann in Staat und Kultur, stark von der Dominanz der Wirtschaft geprägt. Hat ein Bundesratsaustritt der SPS nicht auch ökonomische Drohwirkung, etwa durch zusätzliche gewerkschaftliche Dimensionen, ändert sich an der Wirtschaftsmacht wenig. Hingegen wird eines der Instrumente verworfen, das an den Transmissionsriemen im staatlichen Bereich (Information, Planung, Verordnung und Ausführung) hebeln kann.

Wahrscheinlich würde der Bundesratsaustritt gar nicht viel ändern. Wenn die Bürgerlichen gut beraten sind, führen sie eine Politik der Mitte, um zu zeigen, dass es ohne SPS auch geht. Die Sektionsarbeit in der SP selbst, also die direkte Erfahrung der Mitglieder, wird sich weiterhin um Schulkommissionen und Gemeinde drehen. Grosse Rhetorik ohne praktische Folgen wird etwas Oberwasser bekommen, Kritik an

Misserfolgen wird von Verantwortlichen leichter mit dem «harten Brot der Opposition» abgewiesen werden. Die neuen, beneideten bunten Bewegungen ausserhalb der SPS werden draussen bleiben, denn sie sind in gutem Sinne monoman: sie haben ihr Thema. Die passiven, bürgerlich umworbenen Mittelschichten lieben Einprägsames, Sicherheit, Konsens plus Fortschritt, was wir ihnen zuwenig geboten haben und eher weniger bieten werden können. Und um das ganz linke Segment der Wähler tummeln sich sowieso ein halbes Dutzend Kleinparteien, da werden wir wenig holen. Nun verspricht man über den blossen Austritt hinaus neue Instrumente und Anstrengungen der Oppositionspolitik. Sehr gut, denn das ist zentral. Vorderhand sind sie noch im Anhang zum Dokument des Parteitags aufgelistet, das an die Sektionen geht. Sie sollten am Parteitag aber zum zentralen Auftrag gemacht werden. Anschliessend daran ist zu fragen: wie stellt sich unter diesen Instrumenten das weitere Instrument der Bundesratsbeteiligung?

Eine solche Gangart stellt die Würde der Partei her, welche man jetzt wegen des 7. Dezembers zu einseitig als nur durch Austritt heilbar behauptet. Neue Instrumente würden zu Symbolen unserer Politik, ohne dass man glauben machen muss, der Austritt allein sei das Symbol, welches zehn Jahre künftiger Oppositionspolitik zu tragen vermöge. Zöge so das ganze Parteivolk aus der etablierten Schweiz aus, und nicht zwei seiner Mandatäre, dann käme das bürgerliche Patriziat mit Offerten vorbei. Die Instrumente eines solchen Auszugs sind eingehend zu überlegen. Der Bundesratsauszug wäre zwar nicht das Ende der SPS, aber auch nicht automatisch ihr Neubeginn.